



Bundestag Aktuell

Andreas Mattfeldt MdB

27.04.2012

Verden - Osterholz



Liebe Freunde,

die Wirtschaft wächst, Beschäftigung und Einkommen steigen.

Das Frühjahrsgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute belegt erneut: Deutschland ist mit seiner Politik für Wachstum, Stabilität und Beschäftigung auf einem guten Weg. Auch in diesem Jahr sind wir wieder Wachstumsmotor in Europa. Die maßgeblichen Impulse liefert der Anstieg der deutschen Binnennachfrage. Vor allem die Investitionen und die privaten Konsumausgaben stehen vor einer kräftigen Ausweitung. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit und die Tarifabschlüsse der letzten Wochen und Monate zeigen, dass der Aufschwung immer mehr bei den Menschen ankommt: Die Institute erwarten, dass die Effektivlöhne im Prognosezeitraum bis 2013 um mehr als 3% zunehmen. Die Zahl der Erwerbstätigen steige um knapp 800.000 auf 41,9 Millionen an, die Arbeitslosigkeit gehe auf 2,6 Millionen Personen zurück. Das Bruttoinlandsprodukt werde nach einer Wachstumspause im abgelaufenen Winterhalbjahr in 2012 real um 0,9% zunehmen, weiter an Fahrt aufnehmen und im kommenden Jahr auf 2,0% ansteigen. All das zeigt: Unsere Politik ist richtig. Wir werden sie in Deutschland und in Europa zum Wohle der Menschen fortsetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr/Euer

Nachtragshaushalt 2012

Dieses Jahr erleben wir erstmals das Erfordernis eines Nachtragshaushalts. Unter Nachtragshaushalt versteht man die nachträgliche Veränderung eines bereits vom Parlament beschlossenen Haushalts bei einer deutlichen Abweichung vom Haushaltsplan.

Ein Nachtragshaushalt ist notwendig geworden, weil bei der Aufstellung des Haushaltes 2012 im November letzten Jahres nicht absehbar war, dass Deutschland schon in diesem Jahr zwei Bareinlagen für den Europäischen Stabilitätsmechanismus leisten muss. Ursprünglich war dieser ständige Euro-Rettungsschirm erst für 2013 geplant und deshalb waren wir bei der Aufstellung des Haushaltes davon ausgegangen, dass wir für 2012 noch keine Gelder bereitstellen müssen.

Die aktuellen Entwicklungen haben es aber erforderlich gemacht, den Euro-Rettungsschirm bereits 2012 mit Geld auszustatten. Die Mehrausgaben für den Bund betragen 8,7 Mrd. Euro und werden vollständig durch neue Kredite finanziert.

Insgesamt haben wir durch alle unsere Rettungsmaßnahmen dafür gesorgt, dass der Euro jetzt wieder sehr stabil ist. Ich bin optimistisch, dass der Europäische Stabilitätsmechanismus als langfristiger Rettungsschirm die Märkte weiter und dauerhaft beruhigen wird. Dies ist—bei allen Bedenken, die auch ich anfangs angesichts der enormen Summen und den damit verbundenen Risiken hatte—ein beachtlicher Erfolg. Dieser ist vor allem unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel und unserem Finanzminister Wolfgang Schäuble zu verdanken, die auf europäischer Ebene in dieser Angelegenheit sehr klug und besonnen agiert haben.

Verpressung von Lagerstättenwasser muss beendet werden

Ich fordere, die Verpressung von Lagerstättenwasser im Erdreich im Landkreis Verden vollständig zu unterlassen. Die Verpressung von erheblich mit zum Teil krebserregenden Chemikalien verseuchtem Wasser im Erdreich – und das zum Teil sogar in Trinkwasserschutzgebieten bzw. in deren unmittelbarer Nähe – ist eine unnötige Gefahr für Mensch, Tier und Umwelt.

Bereits jetzt gibt es technische Alternativen und das nehme ich zum Anlass, ein Ende der Verpressung zu fordern. Das Wasser kann an der jeweiligen Bohrstelle so gut aufbe-

reitet und gefiltert werden, dass es anschließend in die Kläranlagen gegeben und dort ganz normal gereinigt werden kann. Das ist technisch möglich, nur etwas teurer. Aber gerade angesichts der steigenden Energiepreise ist das für die Erdgasindustrie zumutbar. Diesen Preis muss auch die RWE Dea dafür bezahlen, dass das Erdgas sicher gefördert wird und es muss alles dafür getan werden, eine Gesundheitsgefährdung auszuschließen.

Pflege verbessern und Entscheidungsfreiheit stärken

Mit dem in erster Lesung beratenen Gesetz zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung (PNG) konkretisieren wir unsere Vorstellungen für eine Verbesserung der Pflege der ca. 500.000 pflegebedürftigen Menschen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz.

Unser Gesetzesentwurf sieht einen spürbaren Aufschlag bei Pflegegeld und Pflegesachleistungen vor.

Der Pflegebedürftige entscheidet künftig selbst, wie viel Grundpflege, hauswirtschaftliche Versorgung oder Betreuung er in Anspruch nimmt.

Pflegebedürftige in einer Wohngruppe erhalten eine monatliche Pauschalsumme, die für eine Pflegekraft eingebracht werden kann. Der Einsatz selbstständiger Pflegekräfte in den Wohngruppen wird erleichtert. Die Gründung neuer Wohngruppen wird mit 2.500 € je Pflegebedürftigen bei max. 10.000 € je Wohngruppe unterstützt.

Die rentenrechtliche Absicherung bei gleichzeitiger Pflege mehrerer Pflegebedürftiger wird verbessert.

Dieser Teil der Pflegereform geht zurück auf eine Petition, die ich federführend im Petitionsausschuss bearbeitet habe. Dabei ging es um eine Frau, die zwei pflegebedürftige Kinder selbst zu Hause gepflegt hat. Ich war bei den Beratungen im Petitionsausschuss der Meinung, dass wir durch eine Gesetzesänderung die Pflege zu Hause anerkennen und eine Lücke im Gesetzestext schließen mussten. Dieser Meinung hat sich auch der Bundesgesundheitsminister angeschlossen und hat es nun mit dem vorgelegten Gesetzesentwurf umgesetzt.

Um für Ärzte und Zahnärzte Anreize für Hausbesuche bei Pflegeheimbewohnern zu schaffen, sollen zusätzliche Vergütungen in einem Gesamtvolumen von 80 Mio. € gewährt werden.

Die Mehrleistungen von insgesamt rd. 1,1 Mrd. € werden durch eine Beitragssatzerhöhung um 0,1 Prozentpunkte ab 2013 finanziert. Eine zusätzliche private Eigenvorsorge wird mit gesondertem Gesetz geregelt.

Breitbandausbau

In der Koalitionsarbeitsgruppe Ländlicher Raum, der ich angehöre, haben wir gestern das Thema Breitbandausbau behandelt, für das ich in dieser AG federführend bin. Hierzu hatte ich den Geschäftsführer des Niedersächsischen Breitband Kompetenz Zentrums, Peer Beyersdorff, eingeladen. Er hat uns gemeinsam mit anderen Breitband-Experten Vorschläge unterbreitet, wie der Bund den Breitbandausbau unterstützen kann. Die eigentliche Arbeit liegt jetzt noch vor uns, denn wir müssen nun entscheiden, welche Anregungen wir aufgreifen und wie wir sie noch in dieser Wahlperiode umsetzen.



Gerade für die Landkreise Verden und Osterholz liegt mir der zügige Breitbandausbau sehr am Herzen. Hierzu gibt es erste Erfolge wie in Ottersberg zu vermelden: Hier konnten—gefördert durch eine knappe halbe Million Euro Bundesmittel—zwei Ortschaften nun mit schnellem Internet versorgt werden.

Büro Berlin:
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 - 227 71322
Email: andreas.mattfeldt@bundestag.de
Internet: www.andreas-mattfeldt.de
Redaktion: Tatjana Range



CDU